

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Grünflächen und Gesundheit
	Ressort / Stadtbetrieb	Stadtbetrieb 305 - Gesundheitsamt
	Bearbeiter/in	Tatjana Funke / Dr. Jörg Rieger
	Telefon (0202)	563 - 2800
	Fax (0202)	563 - 8041
	E-Mail	tatjana.funke@stadt.wuppertal.de joerg.rieger@stadt.wuppertal.de
	Datum:	30.09.2008
	Drucks.-Nr.:	VO/0795/08/A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
16.10.2008	Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	Entgegennahme o. B.
30.10.2008	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie	Entgegennahme o. B.
25.11.2008	Schulausschuss	Entgegennahme o. B.
HPV-Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs - Antwort der Verwaltung -		

Grund der Vorlage

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.09.2008

Beschlussvorschlag

Die Antworten der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

Unterschrift

Bayer

Seitens des Gesundheitsamtes sind die in der o. g. Drucksache gestellten Fragen wie folgt zu beantworten:

Zu 1.) Welche Erkenntnisse hat die Verwaltung über die Nebenwirkungen, Risiken und Gefahren der Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs (HPV -Impfung)?

Dem Gesundheitsamt liegen keine über die bereits öffentlich gemachten Nebenwirkungen, Risiken und Gefahren (sehr häufig: Fieber, Schmerzen, Rötungen und Schwellungen im

Bereich der Injektionsstelle, häufig Juckreiz und Blutungen im Bereich der Injektionsstelle, selten Nesselsucht, sehr selten neurologische Symptome wie Gefühlsstörungen, Lähmungserscheinungen, Krampfanfälle sowie Gelenkschmerzen/ -entzündungen) hingehende Erkenntnisse vor. Ebenfalls bekannt sind Todesfälle, deren Zusammenhang mit der Impfung jedoch weiterhin nicht geklärt ist. Das Gesundheitsamt empfiehlt die HPV-Impfung entsprechend den Vorgaben des RKI als Kompetenzbehörde des Bundes in Sachen Krankheitsprävention, nach denen als gesichert angenommen werden darf, dass der Nutzen der Impfung den Risiken bei Weitem überwiegt.

Zu 2.) Ist sichergestellt das in den Wuppertaler Schulen, Jugendfreizeitstätten und Ämtern für die HPV keine einseitige Werbung durch die Herstellerfirma verbreitet wird bzw. das Mädchen und Eltern ggf. dann auch über die Risiken und Nebenwirkungen aufgeklärt werden?

Seitens des Gesundheitsamtes ist dies nicht sicherzustellen. Soweit dem Gesundheitsamt bekannt ist beinhalten die entsprechenden Informationsbroschüren keine über die vom RKI herausgegebenen bzw. der entsprechenden Fachliteratur zu entnehmenden hinausgehenden Empfehlungen oder Hinweise. Bei nur zwei Herstellern von HPV -Impfstoff ist auch auf Grund der Quasimonopolstellung alleine durch die Abgabe einer Impfeempfehlung eine herstellerunabhängige Produktförderung nicht zu vermeiden.

Zu 3.) Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung in der Kooperation beispielsweise zwischen Jugendamt, Gesundheitsamt, der Gleichstellungsstelle, den Schulen und den Jugendfreizeiteinrichtungen eine Aufklärungskampagne über die HPV- Impfung in die Wege zu leiten?

Das Gesundheitsamt würde sich an einer entsprechenden Kooperation unter Berücksichtigung auch der Erkenntnisse des Robert-Koch-Instituts/ Ständige Impfkommision gerne beteiligen.